

Finanzausschuss
Protokoll Nr. FINA/04/2015
Hauptausschuss
Protokoll Nr. HA/03/2015

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses
– teilweise gemeinsam mit dem Hauptausschuss (TOP 1 bis 5) –
am 16. März 2015, Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus,
Manfred-Samusch-Str. 9, R. 2/3

Beginn der gemeinsamen Sitzung	:	19:30 Uhr
Ende der gemeinsamen Sitzung	:	20:05 Uhr
Beginn öffentliche Sitzung FA	:	20:05 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung FA	:	20:40 Uhr

Nach Ende der gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses mit dem Hauptausschuss (TOP 1 bis 5) tagt der Finanzausschuss in Raum 4 des Peter-Rantzau-Hauses weiter.

Anwesend

Vorsitzender Finanzausschuss

Herr Christian Conring

Stadtverordnete

Herr Peter Egan

Herr Dirk Langbehn

Frau Sybille Ott

Herr Claus Rowetter

Herr Michael Stukenberg

Herr Olaf Waskow

i. V. f. StV Reuber

i. V. f. BM Dr. Buchholz

Bürgerliche Mitglieder

Herr Rolf Griesenberg

Herr Volker Hielscher

Vorsitzender Hauptausschuss ab 20:05 Uhr; TOP 6

Herr Detlef Levenhagen i. V. f. Vorsitzenden Schmick

Stadtverordnete

Herr Christian Conring i. V. f. Ausschussmitglied Koch; bis TOP 5
Herr Dustin Holzmann i. V. f. Ausschussmitglied Schmick
Frau Monja Löwer i. V. f. Ausschussmitglied Hansen
Herr Hartmut Möller i. V. f. Ausschussmitglied Eckert
Herr Jochen Proske
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Michael Stukenberg i. V. f. Ausschussmitglied Bellizzi;
TOP 1 bis 5 und TOP 13 und 14
Herr Roland Wilde i. V. f. Ausschussmitglied Brandt

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Peter Engel Seniorenbeirat; bis TOP 5 HA/FA;
ab TOP 6 FA – nur öffentl. Teil
Frau Lara Gerecke Kinder- und Jugendbeirat;
bis TOP 5 HA/FA; ab TOP 6 HA
Herr Yannick Klix Kinder- und Jugendbeirat;
bis TOP 5 HA/FA; ab TOP 6 FA –
nur öffentl. Teil
Herr Christof Schneider Seniorenbeirat; bis TOP 5 HA/FA;
ab TOP 6 HA

Sonstige, Gäste

Herr Mertens Wirtschaftsprüfer GPP bis TOP 5

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Herr Horst Kienel bis TOP 5 HA/FA; ab TOP 6 FA
Frau Meike Niemann
Frau Angela Haase bis TOP 5 HA/FA;
ab TOP 6 Protokollführerin FA
Herr Peter Röckendorf bis TOP 5 HA/FA
Herr Fabian Dorow Gemeindewahlleiter
Frau Cornelia Kositzki
Frau Birgit Reuter Protokollführerin gem. Sitzung HA/FA und
HA

Entschuldigt fehlen

Vorsitzender HA

Herr Hinrich Schmick

Stadtverordnete

Herr Thomas Bellizzi
Frau Doris Brandt
Herr Jürgen Eckert
Herr Jörg Hansen
Herr Tobias Koch

Stadtverordnete FA

Herr Achim Reuber

Bürgerliche Mitglieder FA

Herr Dr. Bernd Buchholz

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

Ö f f e n t l i c h e r T e i l

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses und des Hauptausschusses
5. Jahresabschluss 2011 der Stadt Ahrensburg und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes **2015/029/1**
6. Festsetzung der Tagesordnung des Finanzausschusses
7. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 03/2015 vom 16.02.2015
8. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 8.1 Berichte gem. § 45 c GO
 - 8.1.1 Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
 - 8.2 Sonstige Berichte/ Mitteilungen - entfällt
9. Antrag des Seniorenbeirates an den FA und BPA - Bezahlbarer Wohnraum in der Stadt Ahrensburg **AN/013/2015**
10. Verschiedenes
 - 10.1 Sachstand Prüfbericht zum Jahresabschluss 2010

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Finanzausschuss/ Hauptausschuss

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr Conring, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die gemeinsame Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Finanzausschuss/ Hauptausschuss

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr Conring, stellt die Beschlussfähigkeit beider Ausschüsse fest.

3. Einwohnerfragestunde

Finanzausschuss/ Hauptausschuss

Es werden keine Fragen und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt.

4. Festsetzung der Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses und des Hauptausschusses

Finanzausschuss/ Hauptausschuss

Der Haupt- und der Finanzausschuss stimmen der mit Einladung vom 04.03.2015 versandten gemeinsamen Tagesordnung einstimmig zu.

5. Jahresabschluss 2011 der Stadt Ahrensburg und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes

Finanzausschuss/ Hauptausschuss

Die Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes Frau Niemann stellt das Ergebnis der vom RPA gemeinsam mit den Wirtschaftsprüfern durchgeführten Prüfung des Jahresabschlusses 2011 vor.

In der Verwaltungsvorlage fehlen die Vollständigkeitserklärung sowie der Anlagenpiegel; diese Unterlagen werden mit dem Protokoll nachgereicht (**siehe Anlage 1**). Die Ausschussmitglieder erheben keine Einwendungen.

Folgende wesentliche Prüfungsfeststellungen werden thematisiert:

Die Ergebnisrechnung (Stand 04.02.2015) ist richtig. Hierzu konnte die Verwaltung zwischenzeitlich wesentliche Informationen, die zum Zeitpunkt der Prüfung nicht vorlagen, nachreichen und so die Richtigkeit der vorliegenden Ergebnisrechnung nachweisen. Der im Schlussbericht auf S. 40 dargestellte Differenzbetrag in Höhe von 184,22 € ist damit ausgeräumt.

Das RPA sieht weiter Handlungsbedarf im Bereich der Finanzbuchhaltung (Schlussbericht S. 21/22). Diese ist derzeit nicht so eingerichtet, dass sie die Aufgaben ordnungsgemäß und wirtschaftlich erfüllen kann. Die Realisierung städtischer Einnahmen ist nachdrücklich zu verfolgen. Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Egan erläutert Frau Niemann den aktuellen Stand zur Thematik der Mahnungen. Zwischenzeitlich wurde (nach einem Arbeitsrückstand von mehr als 6 Monaten) in ca. 700 Fällen gemahnt. Mahnungen zu anderen offenen Forderungen in ca. 400 Fällen stehen noch aus.

Die Größenordnung der dahinter stehenden Beträge soll auf Wunsch einiger Ausschussmitglieder im Protokoll genannt werden.

Dem RPA sind Fälle bekannt, in denen ursprünglich festgesetzte Forderungen über Jahre von der Verwaltung nicht weiterverfolgt wurden, was zur Unbringbarkeit der Ansprüche und damit zu einem städtischen Schaden geführt hat. Auch hierzu werden – soweit möglich – wertmäßige Angaben im Protokoll gewünscht.

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund von personellen Abwesenheitszeiten kann die Beantwortung der Anfragen durch die Verwaltung spätestens zur kommenden Sitzung des Hauptausschusses erfolgen, jedoch nicht mehr zur kommenden Stadtverordnetenversammlung.

Es ist nach Einschätzung des RPA erforderlich, die Organisation nach Auswertung des externen Gutachtens zu verbessern und die Dienst- und Fachaufsicht verstärkt auszuüben.

Es wird die Einhaltung der Berichtspflicht gemäß § 95 d GO („mindestens einmal im halben Jahr“) angemahnt.

Über die Umsetzung der mit Randstrich gekennzeichneten Prüfungshinweise im Schlussbericht wird die Verwaltung dem Hauptausschuss über das RPA vor der Sommerpause eine Stellungnahme vorlegen.

Herr Mertens, Wirtschaftsprüfer des Unternehmens Göken/Pollak/Partner (GPP), berichtet ausführlich über die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die Entwicklung der Haushaltssituation. Er erläutert die Vermögenslage, die Ertragslage und die positive Eigenkapitalquote mit 73 %. Das positive Jahresergebnis mit einem Überschuss von rd. 3,2 Mio. € wird hervorgehoben.

Die Präsentation beider Vorträge ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses Herr Conring spricht dem Vortragenden im Namen des Finanz- und Hauptausschusses seinen Dank aus.

Anschließend empfiehlt der Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Anmerkung des RPA:

Aktuelle Zahlen bezogen auf das Jahr 2015: Im Jahr 2015 wurden dem RPA Niederschlagungs- und Erlassfälle zur begleitenden Prüfung vorgelegt. Darunter befanden sich 9 Fälle mit einem Gesamtvolumen von 12.009,33 €, bei denen die Forderungen aufgrund eingetretener Verjährung in Abgang gebracht werden mussten.

(Ein Fall wurde beispielhaft nach 17 Jahren ohne Vollstreckungsversuch verwaltungsmäßig abgeschlossen.)

In einem anderen Fall (Erlass in Höhe von 5.624,21 €) wurde der Hinweis des RPA zur bestehenden Berichtspflicht im Hauptausschuss bislang nicht umgesetzt.

Ende der gemeinsamen Sitzung 20:05 Uhr

gez. Christian Conring
Vorsitzender FA

gez. Detlef Levenhagen
stellv. Vorsitzender HA

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin

6. Festsetzung der Tagesordnung des Finanzausschusses

Der Vorsitzende schlägt vor, die Tagesordnungspunkte ab TOP 11 in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten. Der Finanzausschuss stimmt der Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

7. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 03/2015 vom 16.02.2015

Keine Einwendungen. Das Protokoll ist damit sowohl hinsichtlich des öffentlichen wie des nichtöffentlichen Teiles genehmigt.

8. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Berichte gem. § 45 c GO

8.1.1 Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Liquiditätsentwicklung

Der Bericht umfasst den Zeitraum bis zum 16.04.2015 (16. KW). Der Berichtserstatter teilt mit, dass sich zurzeit rd. 2,26 Mio. € auf städtischen Konten befinden, ferner sind 6,3 Mio. € als Tagedgeld angelegt, in Summe somit 8,56 Mio. €. Der nächste Steuertermin ist erst der 15.05.2015, somit sind weitere nennenswerte Einnahmen nicht zu erwarten.

In den nächsten Wochen fließen folgende Finanzmittel ab:

1,156 Mio. € Kreis- und Finanzausgleichsumlage, 170 TEUR Sozialhilfe, 260 TEUR Beamtenbesoldung, 125 TEUR Lohnsteuern, 720 TEUR Entgelte für tariflich Beschäftigte, 204 TEUR Beihilfeaufwendungen an die VAK und 390 TEUR für Zins- und Tilgungsleistungen sowie weitere 802 TEUR gemäß Protokoll Zahlbarmachung bis zum 16.04.2015.

Aufgrund dieser genannten Aufwendungen betrüge die Summe der Auszahlungen rd. 3,828 Mio. €, sodass ein Bestand von rd. 4,735 Mio. € verbliebe.

Der Vorsitzende bittet um nähere Angaben zu den Auszahlungen, die in Summe 802 TEUR betragen.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Auszahlungen umfassen vielfach Kleinst und kleine Beträge bis 100 bzw. 1.000 € wie z. B. Kosten für Wartungspauschalen, Aufwandsentschädigungen an Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr und Abschläge für Energiekosten sowie in Summe rd. 450 TEUR für Abschläge an verschiedene von Kindertagesstätten und Krippen, ferner rd. 132 TEUR Defizitzuschuss an das badlantic.

Auf Nachfrage wird ferner berichtet, dass die Gewerbesteuer mit Stand 16.03.2015 im Anordnungssoll rd. 16,38 Mio. € von angestrebten 20 Mio. € beträgt. Dem stehen Ist-Einnahmen von zurzeit 4,39 Mio. € nach dem ersten Steuertermin gegenüber, davon 3,89 Mio. € für Zahlungen aus dem Haushaltsjahr 2015 und 0,5 Mio. € für Zahlungen betreffend das Haushaltsjahr 2014.

8.2 Sonstige Berichte/Mitteilungen - entfällt

**9. Antrag des Seniorenbeirates an den FA und BPA
- Bezahlbarer Wohnraum in der Stadt Ahrensburg**

Mit Antrag vom 23.02.2015 (**siehe Anlage**) beantragt der Seniorenbeirat, die Stadtverordneten mögen beschließen, dass alle städtischen Grundstücke, die zum Verkauf stehen und zur Bebauung freigegeben sind, bevorzugt an Bau-träger für den Sozialen Wohnungsbau veräußert werden. Besonders berücksichtig werden sollte der Verein Heimat Ahrensburg e.V.

Der Berichterstatter führt aus, dass grundsätzlich die Verwaltung die Intension des Seniorenbeirates teilt. Allerdings sollte kein Generalbeschluss zu Gunsten des Vereins Heimat erteilt werden, sondern auch zukünftig die Entscheidung im Einzelfall getroffen werden. Im Übrigen kann ein guter Mix (freifinanzierte Wohnungen und geförderte Wohnungen) für Standorte mit Geschoßwoh-nungsbau durchaus positiv sein. Bezogen auf den angesprochenen Standort Kastanienallee gilt es, zunächst das Planungsrecht abzuwarten und den Um-fang der Wohneinheiten näher zu bestimmen. So hätte der Verein Heimat er-klärt, 30 bis 40 Wohneinheiten finanzieren zu können. Sofern die Anzahl der zu realisierenden Wohneinheiten darüber hinausginge, wäre ggf. ein zweiter Partner zu suchen.

Der Vorsitzende fragt nach, ob bei der Veräußerung von städtischen Grund-stücken für Zwecke des Wohnungsbaus das Vergaberecht zu beachten sei. Dieses wird vom Berichterstatter verneint, die Kommune werde nicht selbst wirtschaftlich tätig.

Den Antrag erläutert Herr Engel vom Seniorenbeirat. Er bittet darum, nicht falsch verstanden zu werden. So soll nicht nur öffentlich geförderter Woh-nungsbau errichtet werden, aber zumindest große Teile öffentlich geförderter Wohnungsbau sind notwendig, um den Bedarf von günstigen Wohnungen für Ältere und Bewerber mit geringem Einkommen zu decken. Ferner führt er aus, dass der Verein Heimat Mieten in Höhe von rd. 5,50 €/m² erhebt. Besonders betont wird, dass der Verein Heimat beabsichtigt, sich auch für jüngere Al-tersgruppen zu öffnen und z. B. Wohnraum für alleinerziehende Mütter anzu-bieten. Gewünscht wird eine generationsübergreifende Mischung von Mietern. Dazu müsste der Verein ggf. seine Satzung ändern.

Der Finanzausschuss begrüßt fraktionsübergreifend die angestrebte Öffnung des Vereins Heimat auch für jüngere Altersgruppen. Das Konzept wird für gut befunden.

Nachgefragt wird nach den Erwartungen, die an den Grundstückspreis gestellt werden. Angedacht werden könnte ein subventionierter Grundstückspreis. Herr Engel entgegnet, dass der Verein die Überlassung des Grundstückes im Wege des Erbbaurechtes begrüßen würde. Er ginge davon aus, dass das städtische Grundstück ihm gestellt werde.

Herr Stukenberg plädiert dafür, insbesondere kleinere Wohnungen anzubie-ten, da diese günstiger seien. Er führt aus, dass auch 1-Zimmer-Wohnungen für junge Leute oder Geringverdiener interessant seien.

Herr Rowetter ergänzt, dass dieses s. E. auch das Konzept der Neuen Lübecker Baugenossenschaft sei. Neben der geringeren Miete seien auch geringere Nebenkosten zu zahlen.

Herr Langbehn geht auf den 2. Absatz des Antrages vom 23.02.2015 ein und plädiert dafür, das Wort „besonders“ durch auch Wort „auch“ zu ersetzen. Die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN könnte sich dann diesem Antrag anschließen.

10. Verschiedenes

10.1 Sachstand Prüfbericht zum Jahresabschluss 2010

Der Berichterstatter führt aus, dass dieser Tagesordnungspunkt auf Bitte des Finanzausschusses aufgenommen wurde. Er führt aus, dass die Anregungen aus dem Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2010 noch nicht in nennenswertem Umfang abgearbeitet werden konnten. Priorität hat unverändert die Zeitplanung zur Erstellung der offenen Jahresabschlüsse. Insofern gilt es, die Jahresabschlüsse 2012 bis 2014 zeitnah fertigzustellen.

In Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt wird auf eine Inventur wegen dieser Priorität derzeit noch verzichtet. Ferner wird darauf hingewiesen, dass – wie mittlerweile bekannt – im Fachdienst I.4 im vergangenen Jahr rd. 200 Arbeitstage wegen krankheitsbedingter Fehlzeiten bestanden. Auch derzeit sind z. B. im Kassenbereich des Fachdienstes nur zwei von vier Mitarbeitern wegen Urlaub bzw. Krankheit anwesend. Das Buchungsgeschäft /die Tagesarbeit wird aufrechterhalten.

Frau Haase weist ferner drauf hin, dass die Eröffnungsbilanz erst im Frühjahr 2012 beschlossen wurde. Insofern konnten Prüfungshinweise aus dem Jahresabschluss 2010 im Jahresabschluss 2011 zwangsläufig nicht umgesetzt werden.

Herr Rowetter erklärt, dass er die Verschiebung der Inventur unterstütze. Eine Inventur sei bereits nach dem Jahresbeginn überholt und insofern "Geschichte". Der Vorsitzende führt aus, dass die gesetzlichen Vorschriften zu beachten seien, aber eine Priorisierung zu erfolgen habe.

Herr Stukenberg fragt hinsichtlich der Vorkontierung nach, ob es zutreffend sei, dass die Finanzbuchhaltung hierbei Unterstützung benötige. Der Berichterstatter führt aus, dass das Anordnungswesen selbständig durchgeführt wird, sich in Einzelfällen aber Rückfragen ergeben.

Abschließend führt Herr Rowetter aus, dass der Wissenstransfer nach Erstellung der offenen Jahresabschlüsse beobachtet werden sollte, die Erkenntnisse werden am Ende gesammelt. Herr Egan bittet, die Kosten für die externe Unterstützung durch Petersen & Co. dem Finanzausschuss mitzuteilen.

gez. Christian Conring
Vorsitzender

Angela Haase
Protokollführerin